

343 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 29. 10.1996

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK UNGARN ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich und die Republik Ungarn (im folgenden: Vertragsstaaten), überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften, Helfern und Ausrüstungsgegenständen.

(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe bleiben unberührt.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Einsatzstaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden den anderen Vertragsstaat um Hilfeleistung ersuchen;

„Entsendestaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen Vertragsstaates um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „Helfer“

Person(en), die der Entsendestaat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstungsgegenstände“

Material, Spezialgeräte und Fahrzeuge für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung im Einsatzgebiet bestimmt sind.

Artikel 3
Zuständigkeiten

- (1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:
- a) auf der Seite der Republik Österreich:
 - der Bundesminister für Inneres;
 - auf der Seite der Republik Ungarn:
 - der Innenminister;
 - b) im Rahmen ihres Wirkungsbereiches
 - die Burgenländische Landesregierung und
 - die Präsidenten der Komitatsgeneralversammlung der an Österreich grenzenden Komitate.
- (2) Die in Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.
- (3) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Fernmeldeverbindungen der in Absatz 1 genannten Behörden bekannt.
- (4) Die ersuchende Behörde stellt das Hilfeersuchen nach Möglichkeit in der Sprache des ersuchten Vertragsstaates.

Artikel 4
Absprachen über Hilfeleistungen

Im Zuge des Hilfeersuchens werden Art und Umfang der Hilfeleistung zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprochen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5
Art der Hilfeleistung

- (1) Die Hilfe kann durch die Entsendung von Hilfsmannschaften und/oder Helfern (im folgenden: Hilfsmannschaften), durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.
- (2) Hilfsmannschaften können zur Bekämpfung von Bränden, nuklearen und chemischen Gefahren sowie von sonstigen Katastrophen und schweren Unglücksfällen, insbesondere für medizinische Hilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung eingesetzt werden. Sie sollen über die hiezu erforderliche Ausbildung und über die notwendigen Ausrüstungsgegenstände verfügen.

Artikel 6
Grenzübertritt und Aufenthalt

- (1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft anlässlich des Grenzübertrittes ein seine Stellung bezeugender Ausweis und eine Namensliste verlangt werden.
- (2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hiefür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Organe oder die Zollorgane bei erster Gelegenheit davon zu unterrichten.
- (3) Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des Einsatzstaates Uniform zu tragen. Schußwaffen, Munition und Sprengstoffe dürfen auf das Gebiet des Einsatzstaates nicht mitgeführt werden.
- (4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

Artikel 7
Grenzübergang des Materials

- (1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den zuständigen Zollorganen des Einsatzstaates beim Grenz-

übertritt je ein Verzeichnis über die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübergang außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, so sind diese Verzeichnisse bei erster Gelegenheit einem zuständigen Zollorgan zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine anderen Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie unter Zollaufsicht wieder in den Entsendestaat auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der Zollbehörde des Einsatzstaates anzuzeigen. In diesem Fall gilt das Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotrope Substanzen enthaltenden Pharmazeutika in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen und psychotrope Substanzen enthaltende Pharmazeutika. Suchtgifte und psychotrope Substanzen enthaltende Pharmazeutika dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfes mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört.

(5) Die Vertragsstaaten werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im Einsatzstaat

- a) ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- b) diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie bestimmungsgemäß verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können für alle Arten von Hilfeleistungen eingesetzt werden.

(2) Der Einsatzstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des Entsendestaates aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, in seinen Luftraum einfliegen. Die Luftfahrzeuge können auf Flugplätzen und auf solchen Flächen, die nicht als Flugplätze gewidmet sind und die den Abflug und die Landung von Luftfahrzeugen, deren Bauart und technische Ausrüstung dies gestatten, ermöglichen, landen und von diesen abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfseinsatz ist der ersuchenden Behörde und der zuständigen Flugverkehrsdieststelle unverzüglich mitzuteilen. Die Daten über Type, Kennzeichen, Personal, Ladung, Abflugzeit, voraussichtliche Flugroute und Landestelle des Luftfahrzeugs sind bei der Flugverkehrsdieststelle des Einsatzstaates einzureichen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Luftfahrzeuge, Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt, sind während der Flüge die jeweiligen innerstaatlichen Luftverkehrsvorschriften der Vertragsstaaten einzuhalten.

(6) Die bei einer Hilfeleistung allenfalls anfallenden Lande- und Navigationsgebühren trägt der Einsatzstaat.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschließlich an deren Leiter gerichtet.

(3) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen.

(2) Im Falle der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 nicht. Die Kosten des Entsendestaates werden vorrangig ersetzt.

(3) Kosten der Hilfeleistung durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Er-suchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(4) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatz-staat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf und mit den hiezu notwendigen Energiequellen versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Im Be-darfsfall sorgt der Einsatzstaat für die medizinische Versorgung der Hilfsmannschaften.

Artikel 11

Schadenersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Hilfsmannschaften zustehenden Ansprüche auf Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einer Hilfsmannschaft des anderen Vertragsstaates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Mitglieds der Hilfsmannschaft im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch die Hilfsmannschaften des Entsendestaates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Scha-dens Anwendung fänden. Ein Regreß des Einsatzstaates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsen-destaat oder dessen Hilfsmannschaften besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten tauschen alle ihnen zugänglichen Informationen über solche Schadensfälle aus.

Artikel 12

Unterstützung und Wiederaufnahme von Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmög-lichkeit die notwendige soziale Unterstützung. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaates sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Evakuierte von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht An-gehörige des wieder aufnehmenden Vertragsstaates sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübergang unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere:

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen,

343 der Beilagen

5

Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfseinsätzen auf den Gebieten beider Vertragsstaaten vorsehen;

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaates auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 14

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16

Kündigung

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft. Ein Schadenersatz- und Entschädigungsanspruch auf Grund des Abkommens kann auch nach Außerkrafttreten des Abkommens geltend gemacht werden.

Artikel 17

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieses Abkommen keine andere Regelung vorsieht.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

GESCHEHEN ZU Budapest am 26. April 1996 in zwei Urschriften in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Ungarn:

Laszlo Kovacs

- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

EGYEZMÉNY

AZ OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG ÉS A MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KÖZÖTT A KATASZTRÓFÁK VAGY SÚLYOS SZERENCSÉTLENSÉGEK ESETÉN TÖRTÉNÉ KÖLCSÖNÖS SEGÍTSÉGNYÚJTÁSRÓL

Az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság (a továbbiakban: Szerződő Államok) meggyőződve a két állam közötti együttműködés szükségességéről, attól a céltól vezérelve, hogy megkönnyítsék a katasztrófák vagy súlyos szerencsétlenségek esetén a kölcsönös segítségnyújtást, a következőkben állapodtak meg:

1. Cikk

Tárgy

(1) Jelen Egyezmény szabályozza katasztrófák vagy súlyos szerencsétlenségek esetén a másik Szerződő Államban, annak kérésére eszközölt az önkéntes segítségnyújtás keretfeltételeit, különös tekintettel segélycsapatok, segítők és felszerelési tárgyak igénybevételére.

(2) A jelen Egyezmény a hagyományos határmenti segítségnyújtást nem érinti.

2. Cikk

Meghatározások

Az Egyezmény alkalmazásában az alábbi fogalmak a következőket jelentik:

„Bevetési állam”

az a Szerződő Állam, amelynek illetékes hatóságai a másik Szerződő Államtól segítségnyújtást kérnek;

„Küldő állam”

az a Szerződő Állam, amelynek illetékes hatóságai eleget tesznek a másik segítségkérésének;

„Segélycsapatok” vagy „segítők”

a küldő állam által segítségnyújtásra kijelölt személy (személyek);

„Felszerelési tárgyak”

a segélycsapatok bevetéséhez szükséges anyagok, speciális eszközök és járművek, valamint saját szükségletükre szolgáló anyagok és a segélycsapatok személyes felszerelései;

„Segélyszállítmányok”

a bevetés területén az érintett lakosságnak törítésmentes átadásra szánt javak.

3. Cikk

Illetékkességek

(1) A segítségkérés fogadására és teljesítésére illetékes hatóságok:

a) az Osztrák Köztársaság részéről:

a szövetségi belügyminiszter;

a Magyar Köztársaság részéről:

a belügyminiszter;

b) saját hatáskörükben a burgenlandi tartományi kormány és az Ausztriával határos megyei közgyűlés elnökei.

(2) A két Szerződő Állannak az (1) bekezdésben megnevezett hatóságai felhatalmazást kapnak, hogy jelen Egyezmény végrehajtása érdekében egymással közvetlenül kapcsolatba lépjenek.

(3) A Szerződő Államok közlik egymással az (1) bekezdésben megnevezett hatóságok címét és távközlési számait.

(4) A segítséget kérő hatóság a kérést lehetőség szerint a megkeresett Szerződő Állam nyelvén kezdeményezi.

4. Cikk

Segítségnyújtás egyeztetése

A segítségkérés esetén a segítségnyújtás módját és terjedelmét a 3. Cikk (1) bekezdésében megnevezett hatóságok egyeztetik anélkül, hogy a végrehajtást részleteznék.

5. Cikk

Segítségnyújtás módja

(1) A segítségnyújtás történhet segélycsapatok és/vagy segítők (továbbiakban: segélycsapatok) különbsével, segélyszállítmányokkal vagy más alkalmas módon.

(2) A segélycsapatokat tüzesetek, nukleáris és vegyi vész helyzetek, valamint egyéb katasztrófák és súlyos balesetek felszámolására, különösképpen egészségügyi segítségnyújtásra, mentésre vagy ideiglenes helyreállításra lehet bevetni. A segélycsapatok rendelkezzenek az ezek ellátásához szükséges kikészettel, felszerelési tárgyakkal.

6. Cikk

Határlatlépés és tartózkodás

(1) A segélycsapat tagjainak nincs szüksége útlevélre, tartózkodási engedélyre vagy vizumra. Csak a segélycsapat vezetőjétől lehet egy, a jogállást tanúsító igazolványt és névjegyzéket kérni a határlatlépés alkalmával.

(2) Rendkívül sürgős esetben a határátkelőhelyeken kívül is át lehet lépni a határt, a különben erre érvényes előfrások figyelembevétele nélkül. Ebben az esetben az illetékes határőrizeti- és vámszervet első adandó alkalommal értesíteni kell.

(3) Amennyiben ez a szokványos felszereléshez tartozik, úgy a segélycsapatoknak joguk van arra, hogy a bevetési állam területén egyenruhát viseljenek. Lőfegyver, lőszér és a robbanóanyag nem vihetők be a bevetési állam területére.

(4) Az (1) és (2) bekezdésben szereplő határlatlépési könnyítések azokra a személyekre is érvényesek, akiket katasztrófa vagy súlyos szerencsétlenség esetén evakuálni kell.

7. Cikk

Anyagok határon túlra történő szállítása

(1) A Szerződő Államok megkönnyítik a felszerelési tárgyak és segélyszállítmányok behozatalát és kivitelét. A segélycsapat vezetőjének határlatlépéskor a bevetési állam illetékes vámszervei részére egy-egy jegyzéket kell átnyújtania a magukkal vitt felszerelési tárgyakról és a segélyszállítmányokról. Amennyiben a rendkívül sürgős esetben a határlatlépés a határátkelőhelyeken kívül történik, a jegyzékeket az első adandó alkalommal az illetékes vámszervnek kell átadni.

(2) A segélycsapatok a katasztrófa elhárításához rendeltetésszerűen szükséges felszerelési tárgyakon kívül csak az ellátásukhoz és a felszerelések működtetéséhez szükséges anyagokat vihetik magukkal.

(3) A felszerelési tárgyakra és a segélyszállítmányokra nem érvényesek a behozatali és kiviteli áruforgalomra vonatkozó tilalmak és korlátozások. Amennyiben felszerelési tárgyak nem kerülnek felhasználásra, azokat vissza kell vinni a küldő államba a vámszervek ellenőrzése mellett. Amennyiben felszerelési tárgyak segélyszállítmányként maradnak vissza, akkor ezek fajtáját, mennyiségét, helyét közölni kell a bevetési állam vámhatóságával. Ebben az esetben a bevetési állam jog a érvényes.

(4) A (3) bekezdés alkalmazandó a kábítószert és bódítószert tartalmazó gyógyszereknek a bevetési államba történő bevitelére és a fel nem használt mennyiségnek a küldő államba történő visszavitelére is. Ez az áruforgalom nem minden esetben be- és kivitelnek a bódítószereket tartalmazó gyógyszerekre vonatkozó nemzetközi megállapodások szerint. Kábítószereket és bódítószereket tartalmazó gyógyszereket csak a sürgős orvosi szükséglet szerinti mértékben vihetnek magukkal és csak szakképzett egészségügyi személyzet alkalmazhatja annak a Szerződő Államnak a törvényes redelkezési szerint, amely államhoz a segélycsapat tartozik.

(5) A Szerződő Államok viszonosság esetén a segítségnyújtáshoz szükséges felszerelési tárgyakat és segélyszállítmányokat a bevetési államban

a) formai eljárás és kaució mellőzésével illetéktelen felhasználásra engedélyezik és,

- b) amennyiben azok rendeltetésszerüen felhasználásra kerültek, behozatali vám, illeték és adó alól mentesítik.

8. Cikk

Légiármüvekkel történő bevetések

- (1) Légiármüvek a segítségnyújtás bármely módozatára felhasználhatók.

(2) A bevetési állam megengedi, hogy azok a légiármüvek, amelyeket a küldő állam felségterületről az (1) bekezdés értelmében vetnek be, légterébe berepüljenek. Légiármüvek a repülőtereken, valamint azokon a területeken, amelyek rendeltetésszerüen nem repülőterek és amelyek lehetővé teszik az olyan légiármüvek fel- és leszállását, amelyek felépítése és műszaki felszereltsége ezt megengedi, fel- és leszállhatnak.

(3) Légiármüvek segítségnyújtáshoz történő felhasználását haladéktalanul közölni kell a megkereső hatósággal és az illetékes légiforgalmi szolgálattal. A légiármü tipusára, lajstromára, személyzetére, rakkörnyára, indulási időpontjára, várható útvonalára és a leszállási helyére vonatkozó adatokat be kell nyújtani a bevetési állam légiforgalmi irányító szolgálatához.

- (4) Értelemszerüen alkalmazni kell:

- a) a 6. cikket a légiármüvekre, a személyzetre és a légiármüvön utazó segélycsapatokra,
b) a 7. cikket a légiármüvekre, az azon szállított egyéb felszerelési tárgyakra és segélyszállítmányokra.

(5) Amennyiben a (2) és (3) bekezdésből más nem következik, a repülések során a Szerződő Államok mindenkorai belső állami légiözlekedési előírásait kell alkalmazni.

(6) A segítségnyújtás során esetlegesen felmerülő repülőtéri és navigációs díjakat a bevetési állam viseli.

9. Cikk

Koordináció és átfogó irányítás

(1) A mentési és segélyintézkedések összehangolása és átfogó irányítása minden esetben a bevetési állam hatóságainak feladata.

(2) Megbízásokat a küldő állam segélycsapatai részére kizárolag azok vezetőinek lehet adni.

(3) A bevetési állam hatóságai a küldő állam segélycsapatának védelmet és segítséget nyújtanak.

10. Cikk

A bevetési költségek

(1) A küldő állam a bevetési állammal szemben a segítségnyújtás költségeinek megtérítésére nem tarthat igényt. Ez vonatkozik azokra a költségekre is, amelyek az anyagok felhasználásából, károsodásából vagy eltüntéséből erednek.

(2) A megtörtént segítségnyújtás költségeinek egészben vagy részben történő megtérülése esetén az (1) bekezdés nem alkalmazható. Mindenekelőtt a küldő állam költségeit téritik meg.

(3) A természetes és jogi személyek által nyújtott azon segítség költségeit, amit a küldő állam csupán megkeresésre közzétét, a bevetési állam viseli.

(4) A bevetés tartama alatt a bevetési állam területén a küldő állam segélycsapatait a bevetési állam költségén kell elhelyezni és érkeztetni, személyes szükségletre szolgáló javak és az ezekhez szükséges energiaforrásról gondoskodni, ha a beszállított készleteket felhasználták. Szükség esetén a bevetési állam gondoskodik a segélycsapatok egészségügyi ellátásáról.

11. Cikk

Kártérítés és kártalanítás

(1) Mindkét Szerződő Állam lemond minden, öt a másik Szerződő Állammal vagy annak segélycsapatáival szemben megillető kártérítési igényről:

- a) olyan vagyoni károk esetén, amelyeket a másik Szerződő Állam segélycsapatai feladatauk teljesítésével összefüggésben okoztak,

- b) olyan károk esetében, amelyek a segélycsapat valamely tagjának testi sérüléséből, egészségkáro-sodásából vagy halálából adódnak, ha azok a feladat teljesítésével összefüggésben keletkeztek.

(2) Ha a küldő állam segélycsapatai feladatuk teljesítésével kapcsolatban a bevetési államban harmadik személynek kárt okoznak, akkor a bevetési állam szavatol a kárért azon előírásoknak megfelelően, amelyeket a saját segítő által okozott kár esetén alkalmazna. A kárt megtéritő bevetési állam a állammal vagy annak segélycsaptaival szemben megtérítési igényt nem támaszthat.

(3) A Szerződő Államok hatóságai az ilyen káresetekről a rendelkezésükre álló összes információt kicserélik.

12. Cikk

Az evakuáltak támogatása és visszafogadása

(1) Azok a személyek, akik katasztrófa vagy súlyos szerencsétlenség esetén evakuáltként az egyik Szerződő Államból a másikba kerültek, ott a legkorábbi visszatérési lehetőségig a szükséges szociális támogatásban részesülnek. A származási ország megtéríti ezen személyek támogatási és visszaszállítási költségeit, amennyiben ezek nem a másik Szerződő Állam polgárai.

(2) Mindkét Szerződő Állam visszafogadja azokat a személyeket, akik evakuáltként a felségterületéről a másik Szerződő Állam felségterületére kerültek. Amennyiben olyan személyekről van szó, aikik nem a visszafogadó Szerződő Állam polgárai, ugyanaz a külföldiekre érvényes jogi státusz vonatkozik rájuk, mint a határátlépés előtt.

13. Cikk

Az együttműködés további formái

(1) A 3. Cikkben megnevezett hatóságok a saját belső joguk rendelkezései értelmében együttműködnek, különösen:

- a) a segítségnyújtás végrehajtásánál,
- b) katasztrófák vagy súlyos balesetek megelőzésénél és leküzdésénél, úgy, hogy minden, a cél ér-dekében hasznos tudományos-műszaki jellegű információt kicsérélnek, és a két Szerződő Állam területén közös megbeszéléseket, kutatási programokat, szakmai tanfolyamokat és segélynyújtási gyakorlatokat terveznek,
- c) információkat cserélnek azokról a veszélyekről és károkról, amelyek a másik Szerződő Állam területére hatással lehetnek. A kölcsönös tájékoztatás magában foglalja a mérési adatok közlését is.

(2) Közös gyakorlatokra, amelyek során az egyik Szerződő Állam segélycsapatai a másik felségterületén kerülnek bevetésre, jelen Egyezmény rendelkezéseit értelemszerűen alkalmazni kell.

14. Cikk

Távközlési kapcsolatok

A Szerződő Államok illetékes hatóságai együttesen teszik meg a szükséges előzetes intézkedéseket, hogy a távközlési-, különösen a rádiókapcsolat a 3. Cikkben megjelölt hatóságok, valamint ezen hatóságok és az általuk kiküldött segélycsapatok, az egyes segélycsapatok, illetve a kiküldött segélycsapatok és a mindenkorai bevetési parancsnokság között lehetővé váljon.

15. Cikk

Véleménykülönbségek rendezése

A jelen Egyezmény alkalmazásával kapcsolatos véleménykülönbségeket, ha azok a 3. Cikkben megjelölt hatóságok által közvetlenül nem oldhatók meg, diplomáciai úton kell rendezni.

16. Cikk

Felmondás

Jelen Egyezmény meghatározatlan időre szól és diplomáciai úton, írásban, bármikor felmondható. Az Egyezmény a felmondás beérkezése után 6 hónap elteltével veszíti hatállyát. Az Egyezményből fakadó kártérítési és kártalanítási igény az Egyezmény megszűnése után is érvényesíthető.

10

343 der Beilagen

17. Cikk**Egyéb szerződéses szabályozások**

Jelen Egyezmény a Szerződő Államok fennálló kétoldalú szerződéses szabályait nem érinti, a többoldalú egyezményeket csak annyiban érinti, amennyiben jelen Egyezmény másként rendelkezik.

18. Cikk**Hatálybalépés**

- (1) Jelen Egyezményt meg kell erősíteni. A megerősítésről szóló okmányokat Bécsben cserélik ki.
- (2) Jelen Egyezmény a megerősítésről szóló okmányok kicserélését követő 3. hónap első napjában lép hatályba.

KÉSZÜLT Budapest -n, 1996. ápr. 26-án két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság nevében:

Wolfgang Schüssel

A Magyar Köztársaság nevében:

Laszlo Kovacs

VORBLATT

Problem:

Die Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen erfolgt derzeit im Rahmen der Nachbarschaftshilfe weitgehend ohne ausdrückliche Regelung.

Lösung:

Schaffung eines völkerrechtlichen Rahmens für eine gegenseitige Hilfeleistung mit der Republik Ungarn bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen.

Alternativen:

Beibehaltung des derzeitigen Rechtszustandes.

Kosten:

Für die Beurteilung der aus der Durchführung des Abkommens entstehenden Kosten ist davon auszugehen, daß die Hilfeleistungen bzw. Einsätze seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgen.

Die tatsächliche Höhe der Kosten läßt sich im Hinblick auf die Unvorhersehbarkeit des Eintritts einer Katastrophe oder eines schweren Unglücksfalles und des damit einhergehenden Schadensausmaßes naturgemäß nicht beziffern.

EU-Konformität:

Ist gegeben.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

(1) Das Abkommen hat gesetzändernden bzw. gesetzesergänzenden Inhalt, nicht jedoch politischen Charakter; es bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Da das Abkommen auch Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder regelt, bedarf es überdies der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1, zweiter Satz B-VG. Die Bestimmungen des Art. 9 Abs. 1 und 2 und des Art. 3 Abs. 1 sind zudem verfassungsändernd und daher gemäß Art. 50 Abs. 3 B-VG in Verbindung mit Art. 44 Abs. 1 B-VG zu behandeln und ausdrücklich als „verfassungsändernd“ zu bezeichnen.

Das Abkommen ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, so daß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

(2) Unter den westeuropäischen Staaten bestehen verbreitet Bemühungen, auf dem Gebiet der gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen völkerrechtliche Verpflichtungen vertraglich zu regeln.

In diesem Sinne ist auch auf österreichischer Seite beabsichtigt, mit allen Nachbarstaaten derartige Abkommen abzuschließen. Mit der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Fürstentum Lichtenstein ist ein derartiges Abkommen bereits in Kraft. Mit der Schweiz, mit Tschechien und Italien werden Vertragsverhandlungen geführt. Mit Slowenien erfolgte die Unterzeichnung eines derartigen Abkommens im Juni dieses Jahres.

Auch mit der Republik Ungarn konnte ein derartiges Abkommen unterzeichnet werden.

(3) Das Abkommen regelt die ständige und enge Zusammenarbeit der Vertragsstaaten zur Vorbeugung möglicher und Bekämpfung eingetretener Katastrophen oder schwerer Unglücksfälle, insbesondere durch die Festlegung von Ansprechstellen, die Erleichterung des Grenzübertritts von Personen im Dienste der Katastrophenbekämpfung und der Ein- und Ausfuhr von Hilfsgütern und Ausrüstungsgegenständen, die Regelung von Schadensfällen, den grundsätzlichen Verzicht auf gegenseitige Kostenerstattung sowie die Verstärkung des einschlägigen wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches und die Durchführung gemeinsamer Übungen zur Vorbereitung auf den Ernstfall.

Das Abkommen hat folgende Regelungsschwerpunkte:

- Festlegung von zuständigen Behörden für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfeersuchen,
- einvernehmliche Festlegung von Art und Umfang der Hilfeleistung im Einzelfall,
- demonstrative Aufzählung der Einsatzarten (Bekämpfung von Bränden, nuklearen und chemischen Gefahren usw.),
- Befreiung vom Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes während des Einsatzes,
- Erleichterung des Grenzübertritts für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter,
- Einsatz von Luftfahrzeugen für die schnelle Heranführung von Hilfsmannschaften,
- Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen durch die Behörden des Einsatzstaates,
- Regelung der Einsatzkosten,
- Regelung des Schadenersatzes und der Entschädigung,
- Unterstützung und Wiederaufnahme von Helfern und Evakuierten, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind,
- demonstrative Aufzählung von weiteren Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit,
- Ergreifen von erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung von Fernmelde- und Funkverbindungen zwischen den zuständigen Behörden.

Das Abkommen normiert zunächst, daß die Hilfeleistung bzw. Einsätze im Falle einer Katastrophe oder schwerer Unglücksfälle seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgt (Art. 1). Es steht somit jedem innerstaatlich zuständigen Rechtsträger, der über zur Hilfeleistung im konkreten Fall geeignete Personal- und Sachressourcen verfügt, frei, seine Hilfskräfte auf Ersuchen des Bundesministeriums für Inneres oder der Burgenländischen Landesregierung (Art. 3 Abs. 1) zur Durchführung der Hilfsaktionen im Ausland zur Verfügung zu stellen.

Der Bundesminister für Inneres oder die Burgenländische Landesregierung werden daher einem Hilfeleistungen der Republik Ungarn nur dann entsprechen können, wenn seitens der maßgeblichen Trägerorganisationen (zB Feuerwehren und deren Verbände, Österreichisches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Rettungsflugorganisationen) und der hierfür politisch und rechtlich Verantwortlichen die Bereitschaft zur Erbringung von Hilfeleistungen besteht.

Zweck des Abkommens ist es, rasch und unbürokratisch Hilfeleistungen zu ermöglichen; dieses Prinzip gilt auch für den Bereich des Ausgleiches für während der Einsätze rechtmäßig oder rechtswidrig zugefügten Schäden (Art. 11). Einsätze im Nachbarstaat sollen nicht durch langwierige gegenseitige Abrechnungen nach ihrem Abschluß erschwert werden. Hingegen sollen die freiwilligen Helfer, die für den anderen Staat und dessen Angehörige beträchtliches Risiko an Leib, Leben, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit auf sich nehmen, vor Ansprüchen des Einsatzstaates wie auch solchen Dritter geschützt werden (Art. 11 Abs. 1 und 2).

Die Frage der Kostentragung ist zunächst hinsichtlich der Beziehungen der beiden vertragsschließenden Staaten von Bedeutung. Das Abkommen geht davon aus, daß die Hilfeleistung kostenlos erfolgt.

Ausgangspunkt für die Beurteilung der innerstaatlichen Kostenfrage ist die Tatsache, daß die Hilfeleistungen bzw. Einsätze seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgen (Art. 1).

Dies gilt sowohl für die Zusage von Hilfeleistungen durch die zuständigen österreichischen Behörden gegenüber der Republik Ungarn als auch für die Bereitschaft österreichischer Stellen, an einem Hilfeleistungseinsatz in der Republik Ungarn mitzuwirken.

Für österreichische staatliche Stellen besteht somit keine rechtliche Möglichkeit, unmittelbar auf Grund dieses Abkommens andere Rechtsträger zur Teilnahme an Hilfseinsätzen zu verpflichten; dies gilt insbesondere für die Beziehung des Bundes zu den Ländern. Eine unmittelbare Entsendung von Hilfskräften durch den Bundesminister für Inneres oder die Burgenländische Landesregierung ist nur in jenen Fällen möglich, in denen die entsendende Behörde auf Grund österreichischer Rechtsvorschriften über eigene Hilfskräfte verfügt.

Die Zusage von Hilfeleistungen im konkreten Anlaßfall setzt voraus, daß die Tragung der mit dem Hilfseinsatz verbundenen Kosten jeweils im vorhinein geklärt wird.

Für die Tragung der Kosten der auf österreichischem Staatsgebiet von ungarischen Organisationen erbrachten Hilfseinsätze gilt der Kostentragungsgrundsatz gemäß § 2 F-VG 1948. Dies bedeutet im gegebenen Zusammenhang, daß die auf Grund dieses Abkommens den Körperschaften erwachsenden Kosten für die Leistung von Entschädigungen oder Ersätzen sowie die Kosten bestimmter Unterstützungsleistungen (etwa gemäß Art. 10 Abs. 3) von jener Gebietskörperschaft zu tragen sind, deren Vollziehungsbereich die Bekämpfung der Katastrophe im Einzelfall zuzuordnen ist.

Bei konkreten Rettungs- und Hilfsmaßnahmen, die wegen ihres freiwilligen Charakters jeweils auf Grund einer ihr vorausgehenden ausdrücklichen politischen Entscheidung der in Art. 3 Abs. 1 genannten zuständigen Behörden erfolgen, ist in jedem Fall mit Kosten zu rechnen, deren Höhe nach den zugrunde gelegten Szenarien variiert; in der hier erforderlichen politischen Entscheidung werden sich die zuständigen Behörden demgemäß – wie bereits erwähnt – auch mit der Frage der Aufbringung der notwendigen finanziellen Mittel auseinandersetzen müssen.

II. Besonderer Teil

Zu Art. 1:

Diese Bestimmung legt fest, daß das Abkommen lediglich die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat über dessen ausdrückliches Ersuchen regelt. Hinsichtlich der Durchführung des Abkommens im Einzelfall sowie der Art und des Umfangs der Hilfeleistung haben die im Art. 3 genannten zuständigen Behörden das Einvernehmen zu pflegen. Die herkömmliche grenzüberschreitende Nachbarschaftshilfe wird von dem Abkommen nicht berührt und soll in der bewährten Praxis fortgeführt werden.

Zu Art. 2:

Art. 2 definiert die im Abkommen wiederholt verwendeten Begriffe.

Zu Art. 3:

Art. 3 bestimmt die Behörden, die Hilfeersuchen stellen und entgegennehmen können, und legt fest, daß sie direkt miteinander verkehren können.

Art. 3 Abs. 1 räumt auch der Burgenländischen Landesregierung eine Zuständigkeit auf dem Gebiet der „äußeren Angelegenheiten“ im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG ein.

Der Begriff der „Entgegennahme von Hilfeersuchen“ ist im Zusammenhang mit anderen Bestimmungen des Abkommens zu sehen. Die Zuständigkeit der in Art. 3 Abs. 1 genannten Behörden beschränkt sich nicht auf eine Entgegennahme im engeren Sinn, sondern umfaßt auch die Befugnis, Absprachen über Art und Umfang der zu leistenden Hilfe zu treffen (Art. 4) und dem Ersuchen nach entsprechender innerstaatlicher Abklärung „stattzugeben“ (vgl. die Definition des Begriffes „Entsendestaat“ in Art. 2), sei es durch bloße „Vermittlung“ von Hilfeleistung oder durch Entsendung (im Sinne der von Art. 5 Abs. 1 getroffenen Unterscheidung). Mit der Zuständigkeit zur Entgegennahme von Hilfeersuchen ist also auch die Zuständigkeit zur Durchführung von Hilfeleistungen verbunden.

Die Hilfeleistungen werden jedoch hauptsächlich von privaten Organisationen durchgeführt werden. Eine gänzliche oder teilweise Kostenübernahme durch Gebietskörperschaften kann weiterhin im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgen.

Nach dem Wortlaut des Art. 3 Abs. 1 lit. b („im Rahmen ihres Wirkungsbereiches“) wird sich die Burgenländische Landesregierung zwar an die innerstaatlichen Kompetenzverteilung zu halten haben, sie soll jedoch nicht durch den Kompetenztatbestand „äußere Angelegenheiten“ (Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG) begrenzt sein. Daher haben Art. 3 Abs. 1 lit. b und – weil der Gedanke einer Befreiung von der Bindung an innerstaatliche Kompetenzgrenzen auch für die Bundesseite gilt – ebenso Art. 3 Abs. 1 lit. a des Abkommens verfassungsändernden Charakter.

Aus dem verfassungsändernden Charakter des Art. 3 Abs. 1 ergibt sich, daß der Bundesminister für Inneres und die Burgenländische Landesregierung sich bei Stellung von Hilfeersuchen nicht im Rahmen der derzeit durch erhebliche Zersplitterung gekennzeichneten bundesstaatlichen Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der Katastrophenbekämpfung halten müssen; dies erscheint im Hinblick auf das Erfordernis raschen und unbürokratischen Handelns im Katastrophenfall zweckmäßig. Beim Katastropheneinsatz selbst unterstehen jedoch auch die ausländischen Hilfsmannschaften den für die Katastrophenbekämpfung jeweils zuständigen innerstaatlichen Behörden (Art. 9 des Abkommens). Nach dieser Zuständigkeit richtet sich gemäß § 2 F-VG 1948 auch die Pflicht zur Tragung der mit dem Hilfseinsatz allenfalls (soweit nicht der Grundsatz der Unentgeltlichkeit gilt) verbundenen Kosten.

Zu Art. 4:

Art. 4 sieht die Pflege des Einvernehmens zwischen den im Art. 3 genannten zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten vor, um die entsprechenden Hilfeleistungen aufeinander abzustimmen, Art und Umfang der Hilfeleistungen zu konkretisieren und dadurch die Auswahl der erforderlichen Hilfsmannschaften im Inland zu erleichtern.

Zu Art. 5:

Diese Bestimmung enthält eine demonstrative Aufzählung der Arten der Hilfeleistung.

Zu Art. 6:

Art. 6 regelt den Grenzübertritt und Aufenthalt der Hilfsmannschaften. Die Formalitäten werden auf ein Mindestmaß reduziert. Überdies gelten die Bestimmungen des Europäischen Abkommens über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates, BGBI. Nr. 175/1958, in der geltenden Fassung. Weiters sind die Bestimmungen des Paßgesetzes 1992, BGBI. Nr. 839, als auch die des Fremdengesetzes 1992, BGBI. Nr. 838, sowie die Verordnung des Bundesministers für Inneres zur Durchführung des Fremdengesetzes (Fremdengesetz-Durchführungsverordnung 1994 – Frg-DV), BGBI. Nr. 121/1995, in der jeweils geltenden Fassung von Bedeutung.

Zu Art. 7:

Diese Bestimmung enthält zollrechtliche Regelungen und insbesondere Erleichterungen zur Durchführung des Abkommens hinsichtlich Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen.

Art. 7 Abs. 4 führt gesondert die Einfuhr und Wiederausfuhr von Suchtgiften/Betäubungsmitteln an und unterwirft diese gleichfalls der Regelung des Abs. 3. Hierdurch wird klargestellt, daß in Abweichung von einschlägigen Bestimmungen bezüglich des Einsatzes von Suchtgiften eine dem Katastrophenfall angepaßte Vorgangsweise ermöglicht werden soll.

Im übrigen enthält Art. 7 Abs. 4 für den Einsatz von Suchtgiften/Betäubungsmitteln auch eine besondere Regelung, daß diese nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden dürfen, dem die Hilfsmannschaft angehört. Es soll damit sichergestellt werden, daß auch in Katastrophenfällen die Verwendung von Suchtgiften/Betäubungsmitteln nur über ärztliche Anordnung erfolgt (allfällige Verstöße würden aber durch Notstand zumindest entschuldigt sein).

Zu Art. 8:

Durch Abs. 2 wird für Flüge im Rahmen von Hilfeleistungen eine Ausnahme vom Zollflugplatzzwang geschaffen. Diese Bestimmung steht im Einklang mit § 31 Abs. 1 Z 2 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, in der geltenden Fassung.

Die im Art. 3 Abs. 1 genannten Behörden werden die Absicht, daß Luftfahrzeuge eingesetzt werden, unverzüglich an die für die Luftraumüberwachung jeweils zuständigen zivilen und militärischen Stellen bekanntgeben. Zweckmäßigerweise wird auch im entsprechenden Flugplan ein Hinweis auf dieses Abkommen aufzunehmen sein.

Zu Art. 9:

Abs. 1 und 2 haben verfassungsändernden Charakter, da eine mit Art. 20 Abs. 1 B-VG nicht vereinbare Unterstellung österreichischer Organe unter ausländische Organe ermöglicht wird. Dem Staat, der um Hilfeleistung ersucht, obliegt die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen. Seine Behörden richten die konkreten Anordnungen für die Hilfsmannschaften ausnahmslos an ihren Leiter, dem die Durchführung des Hilfseinsatzes obliegt.

Abs. 3 normiert, daß die Behörden des Einsatzstaates den Hilfsmannschaften des Entsendestaates und deren Leitern Schutz und Hilfeleistung bei der Durchführung des Abkommens zuteil werden lassen.

Zu Art. 10:

Abs. 1 normiert den Grundsatz, daß der Entsendestaat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten bei Hilfeleistungen hat.

Dies bedeutet zunächst, daß im Falle eines Einsatzes österreichischer Hilfskräfte in der Republik Ungarn grundsätzlich weder die Angehörigen der österreichischen Hilfskräfte noch deren Rechtsträger (Bund, Länder und andere Rechtsträger) Abgeltung ihrer Leistungen durch die Republik Ungarn erhalten.

Soweit jedoch österreichische Hilfskräfte durch den Bundesminister für Inneres oder die Burgenländische Landesregierung lediglich vermittelt werden (etwa im Falle gewerblicher Unternehmen, welche Katastrophenhilfseinsätze gewerbsmäßig leisten), ist die Republik Ungarn zum Ersatz der Kosten verpflichtet. Der Anspruch auf Kostenersatz erwächst unmittelbar der betreffenden Organisation, welche den Hilfseinsatz auf Grund der Vermittlung österreichischer Behörden geleistet hat.

Soweit die Kosten der (nicht lediglich vermittelten) Hilfsmaßnahmen im Einsatzstaat von den Befürchteten dieser Hilfsmaßnahmen wieder hereingebracht werden können, besteht ein Anspruch auf Ersatz der entstandenen Kosten (Abs. 2). Hinsichtlich der Tragung der Kosten der von den Gebietskörperschaften zu erbringenden Leistungen wird auf den Allgemeinen Teil verwiesen.

Zu Art. 11:

Art. 11 des Abkommens betrifft sowohl Ansprüche auf Schadenersatz, die auf den §§ 1295 ff. ABGB oder anderen zivilrechtlichen Haftungstatbeständen gründen, als auch Entschädigungsansprüche, die in verschiedenen Gesetzen als Ausgleich für Eingriffe in bestimmte Rechtsgüter bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall gewährt werden.

Die Bestimmung verfolgt mehrere Ziele: Zum einen soll dem Zweck des Abkommens, die zwischenstaatliche Hilfeleistung zu erleichtern, auch bei der gegenseitigen Abwicklung von Schäden Rechnung getragen werden. Die gefahrenträchtigen Tätigkeiten der Helfer bei einem Einsatz können zu Beeinträchtigungen fremder Rechtsgüter führen. Dennoch soll das Verhältnis der Vertragsstaaten nicht durch langwierige Auseinandersetzungen über den Ersatz dieser Nachteile belastet werden. Zum anderen soll die

Rechtsstellung außenstehender Dritter, denen bei einem Einsatz ein Schaden zugefügt wird, nicht dadurch verschlechtert werden, daß ein ausländischer Helfer für den Schaden verantwortlich ist.

Schließlich werden auch Erleichterungen für die Helfer vorgesehen. Mit Einsätzen im Ausland werden oft persönliche und finanzielle Unannehmlichkeiten verbunden sein, die in der Regel freiwillig in Kauf genommen werden. Dieses Engagement der Helfer im Interesse eines anderen Staats soll durch die Verminderung der drohenden, oft erheblichen Risiken gefördert werden.

Art. 11 Abs. 1 des Abkommens sieht demgemäß einen Verzicht der Vertragsstaaten (unter denen die jeweiligen Gebietskörperschaften zu verstehen sind) auf die ihnen gegeneinander und gegen Helfer zu stehenden Ansprüche aus Vermögens- und Personenschäden vor.

Ansprüche anderer Geschädigter (etwa eines Helfers selbst, eines außenstehenden Dritten oder eines Sozialversicherungsträgers) oder Ansprüche gegen andere Schädiger sollen nicht erfaßt werden.

Art. 11 Abs. 1 lit. a des Abkommens behandelt Schäden, die einem Vertragsstaat am Vermögen zugefügt werden. Beschädigt beispielsweise ein ungarischer Helfer Sachen, die im Eigentum einer österreichischen Gebietskörperschaft stehen, so sollen weder dieser Helfer noch die ungarischen Gebietskörperschaften hierfür einzustehen haben. Lit. b regelt Schäden, die einem Vertragsstaat aus einer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder aus dem Tod eines Helfers erwachsen. Nach österreichischem Recht ist der Anwendungsbereich dieser Bestimmung gering, weil eine Verletzung, eine Gesundheitsschädigung oder die Tötung eines Helfers in der Regel nur zu sogenannten „mittelbaren Schäden“ einer Gebietskörperschaft führen wird. In beiden Fällen des Abs. 1 wird nur auf solche Schäden abgestellt, die „im Zusammenhang mit der Erfüllung“ eines Auftrages bestehen. Ansprüche wegen solcher Schäden, die bloß „gelegentlich der Erfüllung“ verursacht werden, sollen dagegen unberührt bleiben.

Art. 11 Abs. 2 des Abkommens sieht eine Haftung des Einsatzstaates für Schäden vor, die einem außenstehenden Dritten durch einen Helfer des Entsendestaates zugefügt werden. Den Behörden des Einsatzstaates obliegt nach Art. 9 Abs. 1 des Abkommens die Koordination und Gesamtleitung des Einsatzes, sodaß ihm damit verbundene Schäden auch zugerechnet werden können. Abs. 2 betrifft auch Amtshaftungsansprüche auf Grund eines rechtswidrigen und schuldhaften Verhaltens eines ausländischen Helfers. Die Zurechnung dieser Handlungen zu einem bestimmten (inländischen) Rechtsträger wird nach den hierfür entwickelten Grundsätzen des Amtshaftungsrechts vorzunehmen sein. Daneben ist auch in diesem Fall an Entschädigungsansprüche zu denken, die einem außenstehenden Dritten gegen eine Gebietskörperschaft wegen eines rechtmäßigen Eingriffs in seine Rechtsgüter zustehen.

Zur Vermeidung von – wie erwähnt – unerwünscht langwierigen Auseinandersetzungen und zur Verminderung der Risiken der Helfer soll es zu keinem Regreß gegen den Entsendestaat oder dessen Helfer kommen.

Zu Art. 12:

Abs. 1 bestimmt, daß Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Evakuerte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige soziale Hilfe erhalten.

Zu Art. 13:

Da Hilfeleistungen im konkreten Anlaßfall besser und rascher durchgeführt werden können, wenn bereits konkrete Vorbereitungen getroffen worden sind, werden im Art. 13 demonstrativ mögliche weitere Formen der Zusammenarbeit aufgezählt.

Art. 13 Abs. 2 bestimmt, daß das Abkommen sinngemäß auf gemeinsame Übungen anzuwenden ist. Im Sinne dieser Anordnung gilt, daß die Teilnahme an Übungen ebenfalls freiwillig erfolgt und daß kein Rechtsträger unmittelbar auf Grund dieses Abkommens vom Bundesminister für Inneres oder der Burgenländischen Landesregierung zu Teilnahme an Übungen verpflichtet werden kann. Eine unmittelbare Entsendung in die Republik Ungarn ist nur hinsichtlich jener Hilfskräfte möglich, die auf Grund österreichischer Vorschriften den zuständigen Behörden zur Verfügung stehen.

Die Tragung der Kosten wird daher auch in diesen Fällen zweckmäßigerweise Gegenstand von Absprachen sein.

Zu Art. 14:

Art. 14 betont die Notwendigkeit praxisbezogener Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen, die in Zusammenarbeit der für die Durchführung des Abkommens zuständigen Behörden zu vereinbaren sind. Soweit erforderlich, sind die jeweiligen Fernmeldeverwaltungen zu befassen.